

ZENTRALREDAKTION:
Commercialstrasse 22, Postfach, 7007 Chur
Tel. 081 255 50 50, Fax 081 255 51 02
REICHWEITE:
122 723 Exemplare, 236 000 Leser
ABO- UND ZUSTELLSERVICE:
Tel. 0844 226 226, Fax 081 255 51 10
abo-chur@suedostschweiz.ch
INSERATE:
Commercialstrasse 20, Postfach, 7007 Chur,
Tel. 081 255 58 58, Fax 081 255 58 59

REGION
Die Initiative «Wohnen im Oberengadin» kommt jetzt vor das Bundesgericht. SEITE 3

REGION
Die Schweizer Berghilfe fördert auch in Graubünden den Agrotourismus. SEITE 4

REGION SPORT
Langläufer Toni Livers will beim «Heimrennen» in der Surselva brillieren. SEITE 11

ANZEIGE

Bestellen Sie Ihre Aboplus-Mehrwertkarte bei: Südostschweiz Presse und Print AG
Aboplus-Mehrwertkarte
Kasernenstrasse 1
CH-7007 Chur
Tel. 0844 226 226
www.suedostschweiz.ch

Vals: Jetzt will auch Truffer offerieren

Vals. – Unerwartet hat gestern Abend Ex-Therme-Verwaltungsratspräsident Pius Truffer gegenüber Televisium Rumantscha angekündigt, mit Valser Unternehmern eine dritte Therme-Offerte einreichen zu wollen. Laut Gemeindepräsidentin Margrit Walker-Tönz ist es dafür aber zu spät. Die beiden rechtzeitig abgegebenen Angebote sollen jetzt in identischer Weise genau geprüft werden. SEITE 5

Sevgein schert in Sprachenfrage aus

Chur. – Am Dienstagabend hat sich im Schulverband Castrisch, Riein, Sevgein eine Pattsituation in der Frage der romanischen Alphabetisierungssprache ergeben. So hat Sevgein im Gegensatz zu seinen beiden Partnern dem neuen Schulstatut und damit der Rückkehr zum Idiom eine Absage erteilt. Somit ist die im Statut festgehaltene Einstimmigkeit der drei Gemeinden nicht gegeben. SEITE 7

Eine Heimstatt für romanische Musiker

Chur/Zürich. – Über einen rätoromanischen Verlag – die Chasa Editura Rumantscha – verfügen die Literaten der Rumantscha seit geraumer Zeit. Nun ist für die romanischen Musiker ein eigenes professionelles Label dazugekommen: R-Tunes heisst das Projekt, das von Michel Decurtins und Manfred Zazzi betrieben wird. Die «Südostschweiz» hat R-Tunes unter die Lupe genommen. SEITE 9

Forum	2
Region	3
Churer Kinos	5
Region Kultur	9
Region Sport	11
Todesanzeigen	13
Tagesthema	15
Wirtschaft	17
Inland	19
Ausland	20
Kultur	22
Sport	23
Fernsehprogramm	27

SÜDOSTSCHWEIZ.CH

Heute: Die Frauen bereiten sich in St. Moritz auf die Weltcup-Abfahrt vor.

WETTER HEUTE

Nord- und Mittelbünden



SEITE 26



Angela Merkel fordert stärkere Integration



In Davos vereint: Eveline Widmer-Schlumpf (links), Angela Merkel und WEF-Gründer Klaus Schwab verfolgen gebannt die Eröffnungsveranstaltung des diesjährigen World Economic Forum. Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Eröffnungsansprache am WEF ein klares Bekenntnis zu Europa und zum Euro abgelegt.

Von René Mehrmann

Davos. – Eröffnet wurde das 42. Jahrestreffen des World Economic Forum (WEF) gestern Abend in Davos durch Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf. Sie war sichtlich stolz, in

ihrem Heimatkanton vor den versammelten WEF-Teilnehmern sprechen zu können. In ihrer Ansprache betonte Widmer-Schlumpf die Dringlichkeit, mit der die Probleme wie Staatsverschuldung und Eurokrise angegangen werden müssten. «Wir haben eine Verpflichtung, jetzt zu handeln», so Widmer-Schlumpf.

Mehr Verbindlichkeit gefordert

Auch Angela Merkel verwies in ihrer Ansprache auf die Dringlichkeit der Probleme, die gelöst werden müssten.

Allerdings mit der Einschränkung, dass die Politik beim Finden von Lösungen mehr Zeit brauche als die stark vernetzte und globalisierte Wirtschaft.

In ihrer Ansprache legte Merkel auch ein starkes Bekenntnis zu Europa und dem Euro ab. Sie forderte aber auch eine Vertiefung der europäischen Integration und mehr Verbindlichkeit. Dazu müsse man auch bereit sein, mehr Kompetenzen nach Europa abzugeben.

BERICHTE SEITEN 7, 15 UND 16

Bündner Spitäler wollen reiche Ausländer anlocken

In Bündner Spitätern ist sie zu einem lukrativen «Nebenverwerb» geworden: die Behandlung von reichen Ausländern.

Von Dario Morandi

Chur. – Zwar hält sich der «Ansturm» von reichen Patientinnen und Patienten aus dem Ausland auf die Bündner Spitäler (noch) in Grenzen: Aber das Interesse am Wissen und Können der Ärzteschaft scheint stark anzusteigen. Das zeigt der Besuch einer Delegation von russischen Patientenvermittlern, die kürzlich das Kantonsspital Graubünden und die Psychiatrie-

schen Dienste Graubünden unter die Lupe genommen hat.

Die Spitalverantwortlichen sehen im internationalen Gesundheitstourismus denn auch eine Chance, die Erträge zu steigern. Denn bei diesen Patienten handelt es sich in der Regel um gut betuchte Ausländer, die ihre Rechnungen selber bezahlen und dabei weit mehr Geld in den Spitätern liegen lassen als normale Kassentagelöhner.

In den Chefetagen der Spitäler und im kantonalen Sanitätsdepartement wird aber versichert, dass das lukrative Geschäft mit reichen Ausländern nicht durch die öffentliche Hand subventioniert werde. BERICHT SEITE 3

GPK: Untersuchung im Fall Hildebrand?

Bern. – Heute und morgen treffen sich die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat. Traktandiert ist auch eine Diskussion über eine allfällige Untersuchung der Affäre Hildebrand. Die meisten GPK-Mitglieder sprechen sich für eine Aufarbeitung aus.

Kommissionsneulinge äussern sich allerdings vorsichtiger. Sie geben an, sich erst einmal in die Funktionsweise der Kommission einarbeiten zu müssen. Das offenbart eine Schwäche in der parlamentarischen Aufsicht: Nicht immer entsenden die Fraktionen ihre besten Köpfe in die GPK. Viele Parlamentarier empfinden die Arbeit in der Kommission denn auch als unbedeutend. (ser) KOMMENTAR 5. SPALTE BERICHT SEITE 19

KOMMENTAR

AUFSICHT IST KEIN ABSTELLGLEIS

Von Sermin Faki

Libyen-Krise, UBS-Rettung, Bundesanwaltschaft – die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) packen immer wieder heisse Eisen an. Skandale, die die Schweizer Öffentlichkeit erschüttern und Bundesräte das Amt kosten. Dennoch sitzen in den GPK nicht etwa die politischen Schwergewichte des eidgenössischen Parlaments. Nein, besonders beliebt sind die Mandate offenbar bei Bundesbern-Neulingen und Hinterbänkeln. Derzeit machen allein die neu gewählten Parlamentarier rund ein Drittel der Kommissionsmitglieder aus. Und kommt ein langjähriger Nationalrat plötzlich in die GPK, spricht man offen von «Strafversetzung». Die GPK sind die Abstellkammern des Parlaments.

Parlamentarier scheuen sich denn auch nicht, die GPK als unbeliebt zu bezeichnen. Schliesslich kann man sich dort kaum profilieren – gearbeitet wird zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Auch an der Gesetzgebung, und damit der Umsetzung der eigenen politischen Anliegen, wirkt man als GPK-Mitglied nicht mit. Kein Wunder also, dass sich Parlamentarier lieber in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben oder der Aussenpolitischen Kommission in Szene setzen und in der Gesundheitskommission die Zukunft mitgestalten.

Diese Geringschätzung ist dennoch unverantwortlich. Denn die GPK haben eine der wichtigsten und zugleich schwierigsten Aufgaben in der Schweizer Politik: Sie beaufsichtigen den Bundesrat, die Bundesverwaltung, Gerichte sowie die Strafverfolger des Bundes. Eine ihrer Unterkommissionen kontrolliert gar den Geheimdienst. Das ist zwar selten so spannend, wie es sich im ersten Moment anhört. Doch die GPK prüfen, ob sich die Bundesbehörden an Recht und Gesetz halten. Man kann die Bedeutung dieses Auftrags gar nicht hoch genug einschätzen. Regierungskontrolle durch das Parlament ist ein Grundpfeiler der Demokratie, gerade wenn das Parlament auch das Wahlgremium der Regierung ist. Diese Aufgabe ist alles andere als eine Strafe. Sie sollte eine Auszeichnung sein – für die hellsten Köpfe in Bundesbern.

sfaki@suedostschweiz.ch